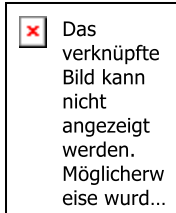


Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming



ANTRAG

6-5061/23-KT

für die ö f f e n t l i c h e Sitzung

Kreistag

26.06.2023

Einreicher: AfD-Fraktion

Betr.: Vorübergehender Aufnahme-Stopp, Aussetzung des Verteilungsschlüssels, Mitsprache des Landkreises u.a.

Beschlussvorschlag:

1. Die Landrätin wird verpflichtet, umgehend einen Aufnahmestopp für sogenannte Flüchtlinge und sonstige Asylbewerber zu verhängen. Dieser bleibt in Kraft, bis der Kreistag seine Aufhebung beschließt.
2. Der Kreistag Teltow-Fläming beschließt, vorübergehend keine weiteren Gemeinschaftsunterkünfte zu schaffen. Dieser Beschluss bleibt in Kraft, bis der Kreistag seine Aufhebung beschließt.
3. Die Landrätin wird angewiesen, sich auf Landesebene für ein vorübergehendes Aussetzen des Verteilungsschlüssels von Asyl- und Schutzsuchenden in Brandenburg einzusetzen.
4. Der Kreistag beauftragt die Landrätin, keine Turnhallen oder andere öffentliche Einrichtungen, die bislang nicht für die Unterbringung von Flüchtlingen und sonstigen Schutzsuchenden vorgesehen waren, für die Unterbringung von ebendiesen umzuwidmen/zu nutzen.
5. Die Landrätin wird aufgefordert, sich auf Landesebene für eine stärkere Mitsprache der Kommunen einzusetzen. Im Rahmen des verfassungsrechtlich garantierten Selbstverwaltungsrechts sollen den brandenburgischen Landkreisen weitergehende Mitentscheidungs- bzw. Mitspracherechte bzgl. der Erfüllung der Aufgaben nach dem Landesaufnahmegesetz zugestanden werden als bisher. Die Landrätin soll die Landesregierung auffordern, dass die Landesregierung ein entsprechendes Ansinnen prüft und die Voraussetzungen diesbzgl. schafft.
6. Die Landrätin wird aufgefordert, sich bei der Landesregierung dafür einzusetzen, dass keine Erweiterung der Kapazitäten der Erstaufnahmeeinrichtung in Wünsdorf erfolgt.

Begründung:

Am 14.02.2023 war zur Situation der Flüchtlingsunterbringung und der Aufnahmekapazität des Landkreises Teltow-Fläming in der Märkischen Allgemeinen Zeitung zu lesen:

„Die Lage spitzt sich zu und die Landrätin schlägt Alarm. „Die Lage ist ernst, denn die Unterkünfte des Landkreises Teltow-Fläming sind derzeit bis auf Einzelplätze vollständig belegt“, sagte Kornelia Wehlan (Linke) gegenüber der MAZ. Hinzu komme nun auch, dass der Landkreis Einrichtungen hat, die bei der Inbetriebnahme als Übergangslösungen gedacht waren und nun grundsaniert werden müssten. Das würde die Situation in diesem Jahr weiter verschärfen.“¹

Mitte Februar 2023 lebten ca. 1.200 Personen mit unterschiedlichem Aufenthaltsstatus im Landkreis und standen im Verantwortungsbereich des Sozialamtes Teltow-Fläming. Die Landrätin sprach gegenüber der MAZ in o.g. Artikel von einer angespannten Situation auf dem Wohnungsmarkt.

Die 1. Beigeordnete Frau Gurske bestätigte in der Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 17.04.2023, dass bezahlbarer Wohnraum insbesondere im Norden des Landkreises so gut wie nicht vorhanden ist. In gleicher Sitzung wurde ebenfalls von Seiten der Kreisverwaltung auf die angespannte Situation der KITA-Plätze verwiesen, ebenfalls insbesondere im Norden des Landkreises. Der Bedarf an Kita-Plätzen könne derzeit nicht überall gedeckt werden, da bereits ohne Flüchtlingszuzug aufgrund des Wachstums des Landkreises eine regionale Unterversorgung existiert. Zu gleichem Inhalt verweisen wir zusätzlich auf das Interview in der Fußnote.²

Infrastrukturell ist diese hohe Zuwanderung nicht zu bewältigen. Ein jeder dieser Menschen verlangt im Mindesten eine Unterbringung sowie Verpflegung. Hinzu kommen weitere personenbezogene Leistungen, u.a. Kita- und / oder Schulplätze, Sprach- sowie sonstige Integrationskurse, die Inanspruchnahme (zahn-)ärztlicher Leistungen sowie zahllose weitere Belange der gesellschaftlichen Teilhabe.

Wie in vielen anderen Landkreisen, so herrscht auch in Teltow-Fläming eine extreme Auslastung der gesamten vorhandenen Infrastruktur in unseren Gemeinden und Städten. Unsere Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, dass diese nicht noch weiter überfordert sondern entlastet werden.

In der Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales wurde von Seiten der Kreisverwaltung am 17.04.2023 erläutert, dass der Landkreis Teltow-Fläming in diesem Jahr ca. 1.761 Flüchtlingen und sonstige Asylbewerber unterzubringen hat, wobei für ca. 1.000 Personen erst neue Plätze geschaffen werden müssten, was ca. 14 Unterkünften entsprechen würde. Daher unterbreitet unsere AfD-Fraktion folgenden Antrag und bittet um getrennte Abstimmung über unsere Beschlussvorschläge.

Luckenwalde, 27.04.2023

gez.
Birgit Bessin
AfD-Fraktion

¹ <https://www.maz-online.de/lokales/teltow-flaeming/luckenwalde/teltow-flaeming-wohnraum-fuer-fluechtlinge-wird-knapp-UMEXL2H6KVGQNMGIJGBAKW727E.html>

² <https://www.inforadio.de/rubriken/interviews/2023/03/29/gurske-fluechtlingsgipfel-brandenburg-teltow-flaeming.html>